



[BUCH-TIPP](#)

[Archiv](#)

[Rezension](#)

[Download als
RTF-File](#)

SWR2 Buch-Tipp

am Dienstag, 24. April 2001, 16.55 bis 17.00 Uhr, SWR2

Niall Ferguson

» Politik ohne Macht. Das fatale Vertrauen in die Wirtschaft«,

Deutsche Verlags-Anstalt, DM 49,80

Rezension von Patrick Horst

Niall Ferguson hat sich auf die großen Revisionen spezialisiert. Nachdem der britische Historiker in seinem letzten Buch über den „falschen Krieg“ Deutschland von der Alleinverantwortung für den Ausbruch des Ersten Weltkrieges freigesprochen hatte, greift er nun eine weitere Glaubensgewissheit nicht nur seiner wissenschaftlichen Disziplin an - „Das fatale Vertrauen in die Wirtschaft“, wie es im Untertitel seines neuen Buches heißt. Dass die Ökonomie die Politik beherrsche oder der Kapitalismus als Voraussetzung der Demokratie erscheine, wie es allerorten und nicht zuletzt in der Globalisierungsdebatte zu vernehmen ist, stellt die Wirklichkeit für Ferguson nun doch etwas simpel dar. Gegen diesen untauglichen ökonomischen Determinismus, der alles Heil von der Wirtschaft erwartet, möchte Ferguson die Politik wieder in sein Recht einsetzen.

Ein sympathischer Ansatz, zweifelsohne. Und auch einer, der, wie Ferguson historisch weit ausholend untermauert, viele gute Gründe für sich hat. Am Anfang war nämlich nicht das Geld, sondern der Krieg. Herodot hatte sicher nicht unrecht, als er ihn als den „Vater aller Dinge“ bezeichnete. Der moderne Wohlfahrts-, Steuer-, und Verwaltungsstaat ist historisch gesehen ein Kind des Krieges. Die Ausgaben, die Steuern, die Schuldenaufnahme und die Verwaltung des Staates sind in erster Linie Folge seines Finanzierungsbedarfs infolge von Kriegen. Ökonomische Motive spielen bei der Entscheidung über die Staatsausgaben oder die Besteuerung oftmals nur eine nachgeordnete Rolle; das Streben nach Macht und Ruhm, die Befriedigung persönlicher Eitelkeiten, die Durchsetzung politischer oder moralischer Überzeugungen treibt das Handeln der Politiker nicht weniger an als der ökonomische Vorteil. Politiker - und nichts anderes gilt für Wähler - handeln keineswegs nur rational, sondern genauso oft irrational.

Ein unumstößlicher Glaubenssatz der ökonomischen Theorie der Politik lautet, dass Regierungen die Wiederwahl so lange sicher sei, wie die Wirtschaftslage gut ist. Politiker glauben an dieses Grundaxiom der Politik wie an das Amen in der Kirche. Ferguson belegt dies anhand von zahllosen Politikeräußerungen, die bis zu Großbritanniens Premierminister Benjamin Disraeli in den 1870er Jahren zurückreichen. Die Wirklichkeit indes sieht anders aus als die Politiker glauben. Viele Regierungen werden gerade in Zeiten bester Wirtschaftslage abgewählt - in Großbritannien zuletzt 1997 die Regierung Major, die trotz exzellenter konjunktureller Daten von Tony Blairs New Labour erdrutschartig hinweggespült wurde.

Ferguson macht noch einem weiteren, von der ökonomischen Betrachtung der Politik mächtig beförderten Vorurteil den Garaus - dem Vorurteil, dass die Politik viel zu teuer sei, dass Abgeordnete und Parteien

korrupter denn je seien. Als Historiker ist es ihm ein Leichtes zu zeigen, dass die Korruption in früheren Zeiten weit krassere Ausmaße annahm als heutzutage. Welcher Staatsmann könnte es sich noch leisten - wie William Gladstone in den 1870er Jahren - sich mit ägyptischen Staatsanleihen einzudecken, um dann den Preis dieser Anleihen mittels einer militärischen Besetzung des Landes in ungeahnte Höhen zu treiben. Gladstones Profit dürfte damals bei einem heutigen Gegenwert von 7,5 Millionen Pfund gelegen haben. Auch den Wahlkampf ließen sich die Politiker im 19. Jahrhundert weit mehr kosten als heute. Nach Fergusons Berechnungen gab ein britischer Parlamentskandidat 1880 mehr als 20 Pfund pro Wählerstimme aus, während er 1997 nur 42 Pence aufbrachte. Ferguson findet, dass die Parteien und Abgeordneten heute auf Grund des generellen Korruptionsverdachts stark unterfinanziert sind. Er plädiert für die stärkere, publizitätspflichtige Zulassung privater Spenden und für eine bessere Bezahlung der Minister und Abgeordneten, die dem Niveau vergleichbarer Positionen in der freien Wirtschaft angepasst werden sollte.

Fergusons meinungsstarkem Plädoyer für die Rückeroberung des Primats der Politik kann im allgemeinen nur beige pflichtet, einzelnen seiner Vorstellungen muss jedoch entschieden widersprochen werden. Allen voran seiner Forderung, dass die USA ihre Rolle als Weltpolizist gegenüber den „Schurkenstaaten“ beherzter wahrnehmen sollen als bisher. Seine Kritik an der mangelnden Charakterstärke der USA, deren - Zitat - „Politik der chirurgischen Eingriffe mit allzu schnellen Ausstiegsstrategien sich gegen Symptome richtet, aber die Krankheiten ignoriert“, kommt denn doch etwas martialisch daher.

Bitte beachten Sie:

Das Manuskript ist ausschließlich zum persönlichen, privaten Gebrauch. Jede weitere Vervielfältigung und Verbreitung bedarf der ausdrücklichen Genehmigung des Urhebers bzw. des SWR.

